

Rede des Präsidenten bei der Jahresmitgliederversammlung des ifo Instituts\* am 25. Juni 2002

Liebe Mitglieder des ifo Instituts, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Deutschland steht an einem Wendepunkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist der kranke Mann Europas. Die Dynamik dieses Landes scheint zu erlöschen, wir hinken beim Wachstum hinterher, und doch haben wir uns ein umfassendes Sozialsystem geschaffen, das große Teile des Sozialproduktes verbraucht. Das ifo Institut hat in mehreren Gutachten zur Steuerreform, zur Rentenreform und zuletzt zur Sozialhilfe eine grundlegende Kehrtwende der Politik eingefordert und versucht, einen Beitrag zur Bewältigung dieser Wende zu leisten. Ich kann und will unsere Vorschläge heute nicht nochmals erläutern, aber ich möchte in diesem Vortrag die Probleme unseres Landes analysieren, weil ich glaube, dass in der Erkenntnis der Probleme bereits ihre halbe Lösung steckt. Ich beginne mit den kurzfristigen, konjunkturellen Problemen, weil Sie eine Konjunkturanalyse von mir erwarten, und gehe dann sukzessive zu längerfristigen strukturellen Problemen über, denen in Wahrheit die größere Bedeutung zukommt.

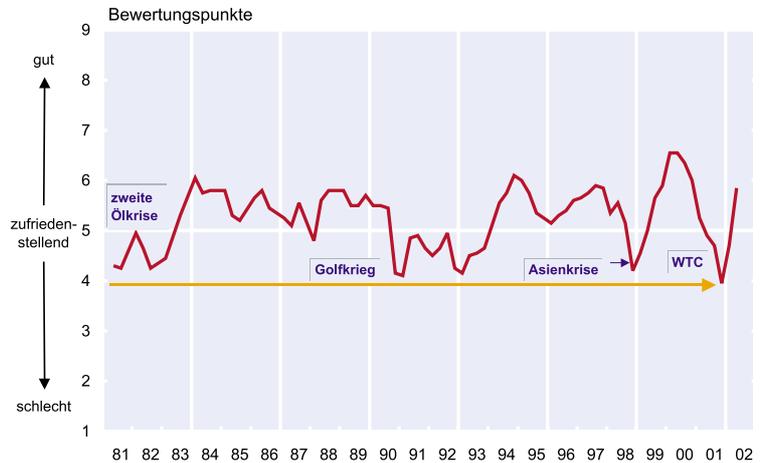
## Die Weltkonjunktur im Aufschwung

Im vergangenen Jahr waren die drei größten Wirtschaften der Welt, nämlich die USA, Deutschland und Japan seit der ersten Ölkrise von 1973/74 erstmals wieder gemeinsam in die Rezession geraten. Die Rezession mag hier und da kleiner gewesen sein, aber es lag insofern doch eine recht bedrohliche Konstellation vor, von der sich die Weltwirtschaft nun gerade mühsam erholt.

Der Sachverhalt wird auch vom ifo Weltwirtschaftsklimaindex (Abb. 1) zum Ausdruck gebracht. Das ifo Institut führt, was wenig bekannt ist, diesen Index neben dem deutschen Geschäftsklimaindex. Wir befragen vierteljährlich über 1 000 Experten in 90 Ländern

\* Die Konjunkturprognose, die in diesem Bericht gegeben wird, wurde von der Konjunkturabteilung des ifo Instituts erstellt. Der Bericht ist der redigierte Text eines Tonband-Mitschnittes der Rede des Präsidenten.

Abb. 1  
ifo Weltwirtschaftsklima verbessert sich



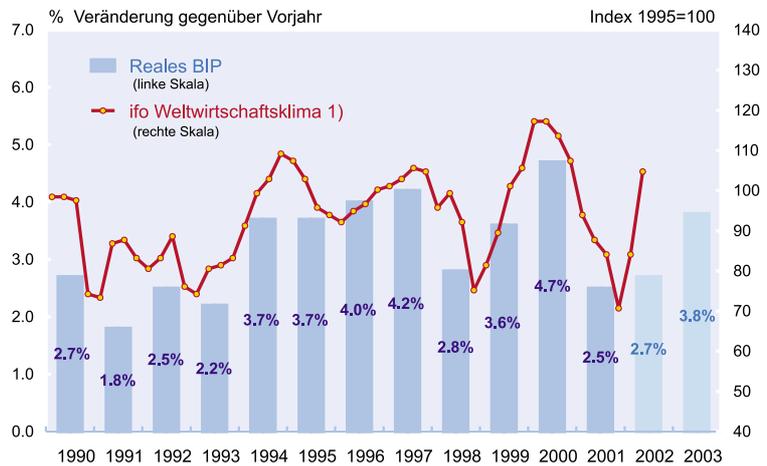
Quelle: Ifo World Economic Survey (WES).

und gewinnen durch diese Umfragen länderspezifische Konjunkturindikatoren, die sich auch zu einem Gesamtindex integrieren lassen. Sie sehen, dass der Index im letzten Quartal des letzten Jahres nach dem Anschlag auf das World Trade Center tatsächlich den niedrigsten Wert seit Beginn der Erhebungen angenommen hatte.

Inzwischen ist aber zum Glück eine gewisse Entkrampfung eingetreten. In den ersten beiden Quartalen dieses Jahres hat sich das weltwirtschaftliche Klima enorm verbessert. Der Anstiegswinkel ist im Vergleich zu früheren Perioden des Aufschwungs sogar außergewöhnlich steil.

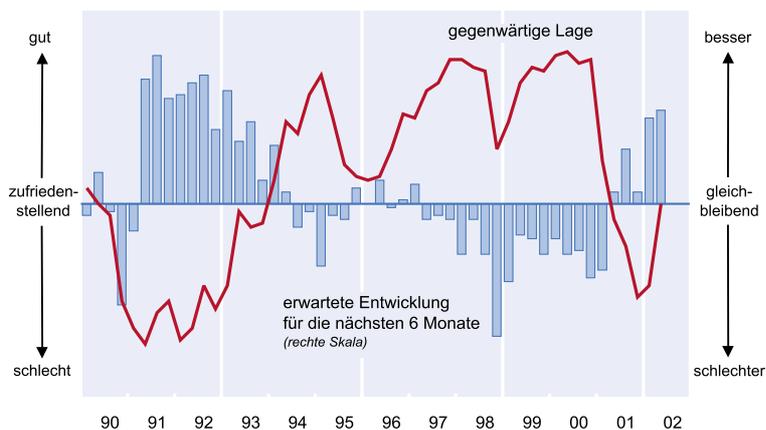
Wie Abbildung 2 zeigt, ist das ifo Weltwirtschaftsklima mit der Wachstumsrate der Weltwirtschaft eng korreliert. Auf-

Abb. 2  
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima: Enge Korrelation



Quelle: IMF Economic Outlook April 2002; BIP 2002 und 2003 Schätzung des ifo Instituts (Juni 2002), Ifo World Economic Survey (WES).

Abb. 3

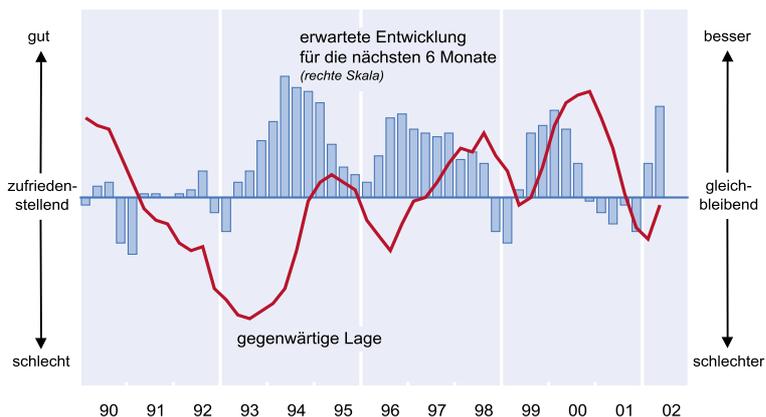
**Nordamerika: Wirtschaftliche Lage stark verbessert**

Quelle: Ifo World Economic Survey.

grund dieser und anderer Informationen schätzen wir, dass wir in diesem Jahr ein Wachstum von etwa 2,7% und im nächsten Jahr von 3,8% in der Weltwirtschaft haben werden.

In Nordamerika (Abb. 3), der Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, gab es einen wahren Absturz des Indexwertes bis zum Ende des letzten Jahres, aber auch hier geht die Reise jetzt deutlich nach oben. Der Lagerabbau war in Amerika sehr stark gewesen, stärker als jemals zuvor in der Geschichte. Nach dem Abbau folgt aber der Aufbau. Dies erklärt, warum es im ersten Quartal ein auf das Jahr hochgerechnetes Wachstum von 6,1% gab. Ein Nachfrageschub, der allein dem Wiederaufbau der Läger zuzuschreiben ist, ist allerdings nicht von Dauer. Es entsteht das gefürchtete Double-Dip-Phänomen. Nach einem kur-

Abb. 4

**Europäische Union: Wirtschaftliche Lage verbessert sich mit Verzögerung**

Quelle: Ifo World Economic Survey.

zen Anstieg der Konjunktur ist der Abstieg nur noch stärker. Die Gefahr eines Double Dip konnte man anfangs nicht ausschließen. Wir sehen sie für die Vereinigten Staaten im Moment allerdings nicht mehr, weil auch andere Aspekte wie insbesondere das gestiegene Konsumentenvertrauen, das stark steigende Budgetdefizit und die energische Niedrigzinspolitik für einen stabilen Aufschwung sprechen. Der Aufschwung beginnt in den USA allerdings nicht im IT-Bereich, sondern in den konventionellen Sektoren. Die sich ergebende Prognose für das reale BIP ähnelt jener für die Weltwirtschaft: 2,6% für dieses Jahr und 3,6% für 2003.

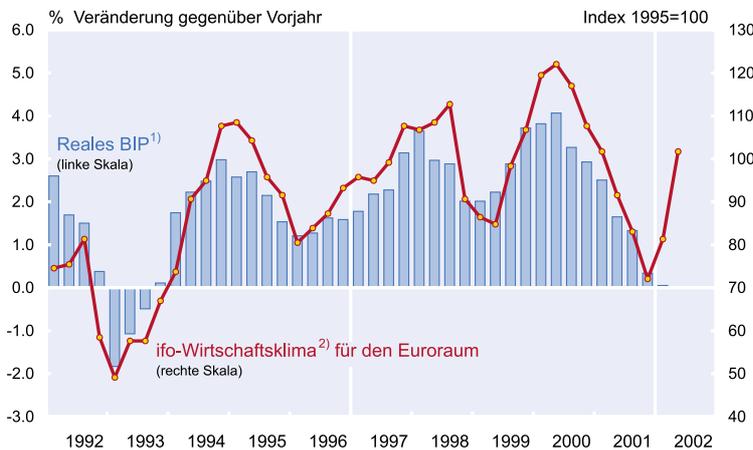
Auch in Europa zeigt sich nun endlich die Wende (Abb. 4). Die aktuelle Geschäftslage in der EU wurde bis Ende letzten Jahres immer pessimistischer beurteilt. Anders als in den USA hielt dieser Trend bis zum ersten Quartal sogar noch an. Erst im zweiten Quartal, mit einer Verzögerung gegenüber den USA von einem Quartal und auch verhaltener, scheint aber nun auch hier der Aufschwung zu beginnen. Auch die Erwartungen der von uns befragten Experten sind derzeit in Europa positiv.

Unter den Mitgliedsländern der EU sind erhebliche Unterschiede zu beobachten. Während die Lagebeurteilung für Frankreich dem europäischen Trend zögerlich folgt, also mit einer leichten Wende zum Besseren im zweiten Quartal, wurde die Lage Italiens im zweiten Quartal noch schlechter als im ersten beurteilt. Allerdings zeigen sich auch in Italien mittlerweile positive Erwartungen. Das Bild ist im Ganzen inhomogen. Es gibt Länder, die ihre Schwierigkeiten haben und von dem Aufwärtstrend noch nicht erfasst sind. Stark zieht jedoch die Konjunktur in England und den nordischen Ländern an.

Insgesamt kann man für die Konjunktur der europäischen Länder verhalten optimistisch sein. Abbildung 5 zeigt die tatsächliche Wachstumsrate seit 1992 und das ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum. Man erkennt, wie eng die Korrelation zwischen beiden Indikatoren ist. Der rechte Rand der Kurve zeigt eindeutig, dass man wohl mit einer höheren Wachstumsrate in Europa rechnen kann. Diese und andere Informationen sind dafür verantwortlich, dass das ifo Institut für den Euroraum im Jahr 2002 ein Wachstum von 0,9% im Jahr 2003 ein Wachstum von 2,6% erwartet.

Abb. 5

**Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum ziehen wieder an**



1) Ifo Schätzung für das reale BIP im Euroraum; 2002: 0,9 % und 2003: 2,6 %.

2) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES), ifo Institut (Juni 2002).

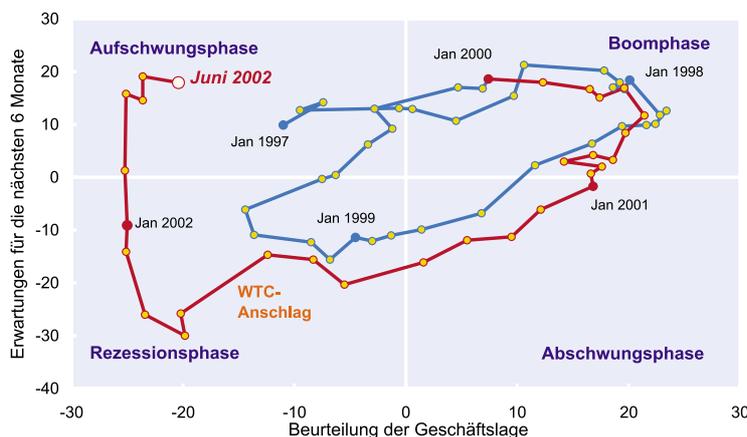
**Hoffnung auch in Deutschland**

In Deutschland herrscht nicht nur im Allgemeinen, sondern vor allem auch im Hinblick auf den engen Blickwinkel der Konjunktur das Prinzip Hoffnung. Die in Abbildung 6 dargestellte ifo Konjunktur-Uhr für die Industrie, die aufgrund unserer Umfragen bei den deutschen Unternehmen gewonnen wird, zeigt, was ich meine.

In der Senkrechten dieser Konjunktur-Uhr stehen die Erwartungen, in der Horizontalen ist die Beurteilung der aktuellen Lage abgetragen. In jedem Monat kommt ein neuer Befragungswert hinzu. Im Konjunkturzyklus läuft die Wirtschaft im Uhrzeigersinn, wobei sechs Stunden etwa

Abb. 6

**ifo Konjunktur-Uhr<sup>1)</sup>: Das Prinzip Hoffnung**



1) Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genussmittel: Zusammenhang zwischen der Beurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Westdeutschland.

ein Jahr ausmachen. Im Aufschwung ist die Lage noch schlecht, aber die Erwartungen sind schon gut; wir sind im Quadranten oben links. Dann zieht die Lage nach, und wir sind im Quadranten oben rechts (Boomphase). Im Abschwung verschlechtern sich die Erwartungen, und die Lage ist noch gut, wir sind im Quadranten unten rechts. In der Rezessionsphase zieht die Lage nach, wir sind im Quadranten unten links.

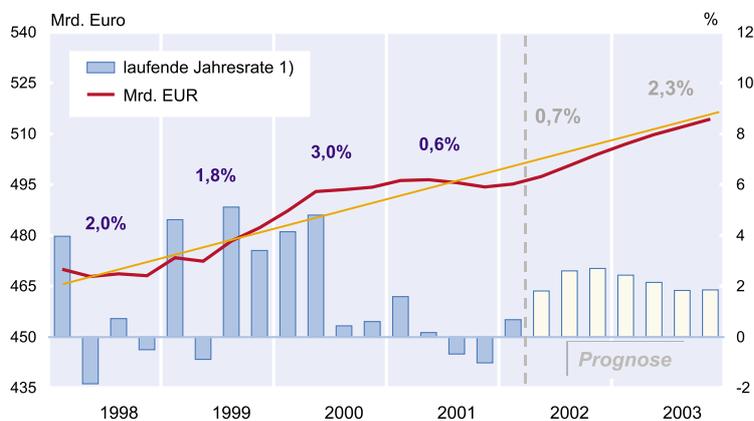
Nach dem Januar 2000 drehte die Konjunktur. Etwa zur Jahresmitte 2000 war der Wendepunkt sichtbar geworden, und im Januar 2001 war völlig klar, dass die Reise weiter nach unten gehen würde. Monat für Monat verschlechterten sich die Umfragewerte. Es gab ein kleines Plus im August, und man dachte, die Konjunktur habe sich gedreht, eine Vermutung, die auch von anderen Indikatoren gestützt worden war. Im September kam dann aber der Anschlag auf das WTC mit entsprechenden Implikationen für Erwartungen und Lage. In den zwei darauf folgenden Monaten ist nicht viel passiert. Danach wurden die Erwartungen Monat für Monat besser, und wegen der Erwartungen stieg auch der Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft bis zum Mai dieses Jahres.

Im Monat Juni ist, wie die gerade hereinkommenden Zahlen belegen, der ifo Geschäftsklimaindex für die Gewerbliche Wirtschaft leicht von 91,6 auf 91,3 gefallen. Das sieht auf den ersten Blick problematisch aus. Bei näherem Hinsehen ist diese Verringerung des Wertes aber auf die Korrektur der überhöhten Erwartungen zurückzuführen. Demgegenüber hat sich die Beurteilung der Lage insbesondere in der Industrie nun endlich verbessert. Das Diagramm zeigt dies deutlich. Der Effekt, den wir schon des längeren erwarteten, ist endlich eingetreten. Insofern ist auch der Juni-KT im Wesentlichen positiv zu interpretieren.

Positive Zeichen erkennt man auch bei der Entwicklung des Auftragseingangs und der Produktion. Insbesondere der Auftrags-eingang hat sich verbessert. Dahinter steht vor allem die Auslandsnachfrage, vornehmlich aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Aufschwung kommt, wenn er denn kommt, eindeutig aus Amerika.

Die Prognose des BIP für Deutschland (Abb. 7) beläuft sich nach den jüngsten Berechnungen unserer Konjunkturabteilung auf

Abb. 7

**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland: Noch beim Tiefpunkt**  
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf


1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

\* Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2002).

magere 0,7% für dieses Jahr und reichlich optimistische 2,3% für das nächste Jahr. Der Unterschied zu unserer Prognose vom Dezember 2001 von 0,6% ist also nicht groß. Dagegen war die Prognose der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2002, die ja einen Kompromiss unter den beteiligten Instituten darstellt, etwas höher ausgefallen. Insgesamt bleiben wir bei der schon zum Ende des letzten Jahres vertretenen Auffassung, dass der Aufschwung nicht schon im ersten, sondern im zweiten Halbjahr 2002 kommt.

Wenn Konjunkturforscher vom beginnenden Aufschwung reden, geht es vielen Unternehmen besonders schlecht. Die Pleiten häufen sich, die Banken stecken in der Krise, weil sie einen Teil ihrer Kredite abschreiben müssen. So ist es immer. Der Aufschwung kommt, wenn besonders vielen Unternehmen die Luft ausgeht. Er erwächst aus der schöpferischen Zerstörung, wie es Schumpeter ausgedrückt hat. Darin steckt eine gewisse Paradoxie.

Die Paradoxie kann zumindest teilweise aufgelöst werden, wenn man die Kurve des saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts aus Abbildung 7 mit der ebenfalls dort eingezeichneten Trendgeraden vergleicht. Man erkennt, dass der Abstand zur Trendgeraden, und das ist ein Maß für den Auslastungsgrad, im ersten und auch noch im zweiten Quartal dieses Jahres maximal war, das Wachstum im laufenden Vierteljahr also etwa wieder beim langjährigen Durchschnitt lag.

Wir haben unsere Prognose nach den Verwendungskomponenten des Inlandsproduktes ausdifferenziert. Die Eckdaten-Tabelle gibt darüber Auskunft. Der Umfang des privaten Verbrauchs bleibt in diesem Jahr unverändert. Die Staatsausgaben steigen wegen der Maastricht-Schranke nur um 1,1%. Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen schrumpfen allerdings um 3,4%, was ungefähr der gleiche Wert wie im Vorjahr ist. Positiv ist zu vermerken, dass die Schrumpfung von 0,6%, die wir bei den Bauten erwarten, nur noch ein Zehntel dessen ist, was im Vorjahr beobachtet wurde. So positiv, dass man in der Bauwirtschaft einen Streik anzetteln kann, sind die Zahlen aber auch wiederum nicht. Die Bauwirtschaft liegt danieder. Wer jetzt streikt, schlägt den bereits Gefallenen.

Der einzige wirkliche Lichtblick kommt von den Exporten, die nach der Schätzung des ifo Instituts in diesem Jahr um

**Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland**

	2000	2001	2002 (1)	2003 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>a)</sup>				
Private Konsumausgaben	1,4	1,1	0,0	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,2	1,7	1,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	2,3	- 4,8	- 1,9	2,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8,7	- 3,6	- 3,4	6,3
Bauten	- 2,5	- 5,8	- 0,6	- 0,2
Inländische Verwendung	2,0	- 1,0	- 0,9	2,5
Exporte	13,2	4,7	3,5	6,1
Importe	10,0	0,1	- 1,2	7,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,0	0,6	0,7	2,3
Erwerbstätige Inländer (1 000 Personen)	38 636	38 703	38 570	38 750
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 889	3 852	4 010	3 870
Arbeitslosenquote <sup>b)</sup> (in %)	9,1	9,1	9,4	9,1
Verbraucherpreise <sup>c)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	2,5	1,6	1,5
Lohnstückkosten <sup>d)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	- 0,2	1,2	1,4	0,9
Finanzierungssaldo des Staates <sup>e)</sup>				
- in Mrd. € <sup>f)</sup>	23,9	- 56,3	- 58,0	- 38,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	1,2	- 2,7	- 2,7	- 1,7
<i>nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	3,5	1,5	0,9	2,6
Verbraucherpreisindex im Euroraum <sup>g)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,5	2,1	2,0

(1) Prognose. – <sup>a)</sup> In Preisen von 1995. – <sup>b)</sup> Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – <sup>c)</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – <sup>d)</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – <sup>e)</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – <sup>f)</sup> Im Jahr 2000 einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen in Höhe von 50,81 Mrd. €. – <sup>g)</sup> (HVPI-EWU).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, 2002 und 2003 Prognose des ifo Instituts.

3,5 und im nächsten Jahr gar um 6,1% zunehmen werden. Der Aufschwung wird abermals von der weltwirtschaftlichen Entwicklung getrieben.

Aus all dem ergeben sich die eben genannten Wachstumsprognosen für Deutschland von 0,7 in diesem und 2,3% im nächsten Jahr.

Diese Prognose ist wie stets nicht ohne Risiko, und sie ist natürlich keine bedingungslos gegebene Prognose. Wir sind keine Hellseher und müssen deshalb Annahmen setzen, die wir für plausibel halten, die wir aber nicht selbst rechnerisch begründen können. Im Einzelnen unterstellen wir folgendes:

- Das Wachstum der Weltwirtschaft liegt im Jahr 2002 bei 2,7% und im Jahr 2003 bei 3,8%.
- Der Rohölpreis bleibt im Bereich von 24 \$ pro Barrel.
- Die EZB erhöht ihre Zinsen erst im Winter um einen halben Prozentpunkt.
- Die Tariflöhne steigen in diesem und im nächsten Jahr um 3%.
- Das öffentliche Budget wird 2003 etwas stärker kontraktiv wirken.
- Der Euro wird im Mittel der zweiten Jahreshälfte die Parität erreichen und halten, was wir bei unserer Prognose vor einem halben Jahr ebenfalls bereits unterstellt hatten.

### Warum der Euro wieder steigt

Lassen Sie mich einen Blick auf den Euro werfen. Der Euro hatte sich, wie Abbildung 8 zeigt, seit seiner Einführung, wie auch schon vorher seit Januar 1997 die D-Mark, nach unten entwickelt. In jüngster Zeit gibt es jedoch eine deut-

liche Erholung. Der Kurs strebt eindeutig gegen die Parität zum Dollar, und nach meiner Überzeugung wird der Euro weiter im Aufwind bleiben.

In der Presse liest man oft zwei Erklärungen für das Erstarren des Euro:

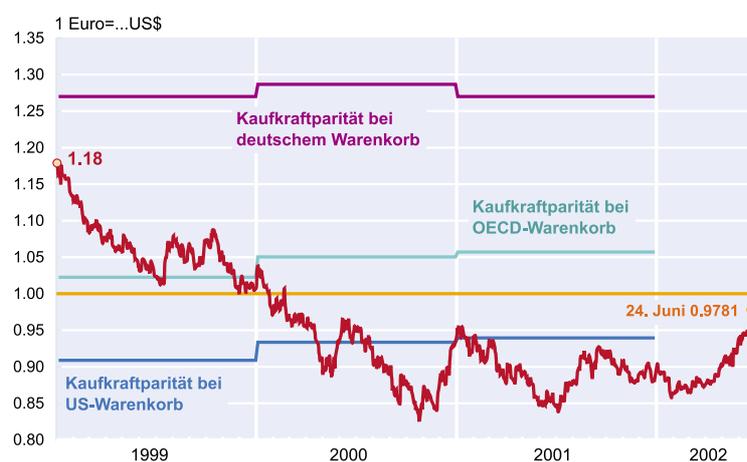
Die eine lautet, die US-Konjunktur beginne zu schwächeln und das Vertrauen der Investoren in diese Konjunktur erlahme, so dass der Dollar schwach werde. Die Stärke des Euro sei die Schwäche des Dollar. Abgesehen davon, dass diese These mathematisch natürlich stimmen muss, weil der eine Kurs der Kehrwert des anderen ist, ist die hinter ihr stehende Vermutung falsch. Wir befragen ja vierteljährlich Hunderte von Experten in Amerika und Europa, so dass wir die allgemeine Einschätzung der Lage und die Erwartungen objektiv beurteilen können. Wie ich Ihnen eingangs schon mitgeteilt hatte, ist der US-Aufschwung, den wir in unseren Umfragen erkennen, viel robuster als der europäische. Auch die Erwartungen haben sich in den USA viel stärker verbessert als in Europa. Das alles spricht für einen starken Dollar und nicht für einen starken Euro.

Die andere Erklärung stellt auf die amerikanische Börse ab. Die Anleger hätten sich von amerikanischen Aktien abgewandt und wieder neues Interesse an den europäischen Aktien gefunden. Der Kurssturz an der amerikanischen Börse habe den Dollar in Mitleidenschaft gezogen und den Euro stark gemacht.

Auch diese Erklärung ist plausibel, aber falsch. Wie man an der Abbildung 9 erkennt, sind nämlich seit Jahresbeginn die europäischen Aktienkurse viel stärker als die amerikanischen gefallen. Der starke relative Kursanstieg der amerikanischen Aktien, der in den letzten Monaten zu verzeichnen war, hätte den Dollar stärken müssen, wenn die Erklärung richtig wäre.

Abb. 8

#### Entwicklung des Euro in US-Dollar: Endlich die Wende

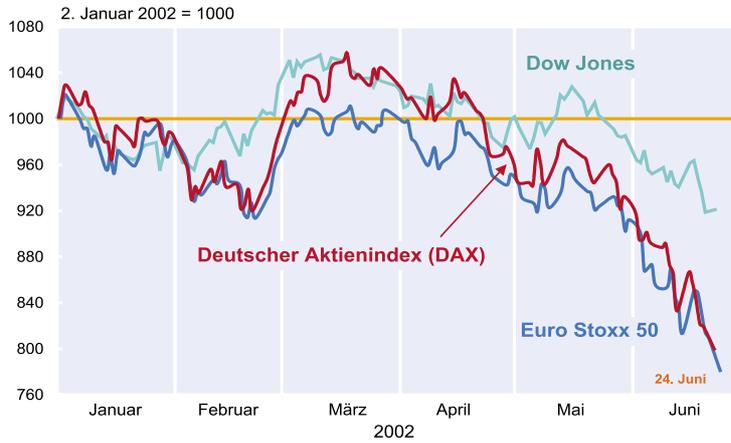


Quelle: Europäische Zentral Bank, OECD, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Tatsächlich hat das Erstarren des Euro mit dem Schwarzgeld und dem Osteuropaeffekt zu tun. Das ifo Institut hat darauf in vielen Veröffentlichungen hingewiesen und bereits im November des Jahres 2000 prognostiziert, dass der Euro bis zu seiner physischen Einführung schwach bleiben, danach aber wieder ansteigen werde. Im Vorfeld der Ankündigung der Abschaffung der D-Mark war viel Geld aus den ausländischen D-Mark-Beständen in den Dollar und andere Währungen geflohen, Geld, das außerhalb Deutschlands gehalten wurde, in Osteuropa, der Türkei und anderen Gegenden der Welt. Dieses Geld kehrt jetzt langsam wieder zurück. Nachdem der Euro als Bargeld eingeführt worden ist, sieht man dort, dass der Euro

Abb. 9

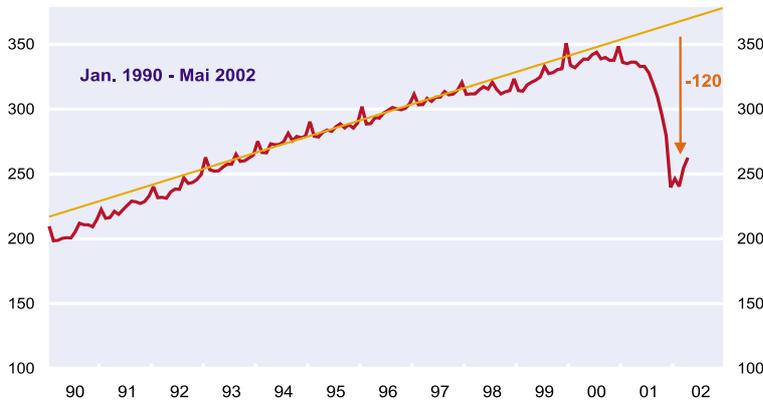
**Börsenentwicklung: Europa schlechter als USA**



\*Tagesschlusskurse umbasiert auf 2. Januar 2002 = 1000

Abb. 10

**Bargeldumlauf Eurozone: Einbruch um ein Drittel**  
Monatswerte, Mrd. Euro



Quelle: Europäische Zentralbank.

Abb. 11

**Bargeldumlauf Deutschland: Die verschwindende D-Mark**  
Monatswerte, Mrd. Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank.

eine ordentliche Währung ist, die man zu Transaktionszwecken gebrauchen kann. Die Nachfrage aus diesen Regionen ist jetzt wieder da. Auch eignet sich der Euro hervorragend für schwarze Geschäfte.

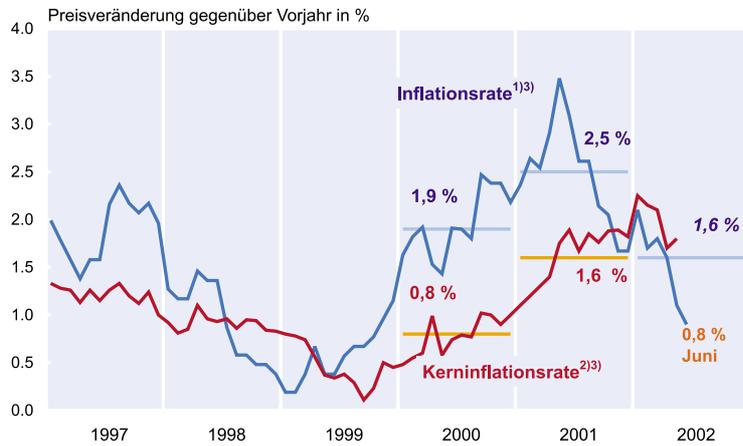
Abbildungen 10 und 11 zeigen am Bargeldumlauf, der von der Europäischen Zentralbank und der Bundesbank ausgewiesen wird, was in den letzten Jahren passiert war. Schon im Januar 1997, kurz nachdem auf dem Gipfel von Dublin das Ende der D-Mark besiegelt worden war, begannen sich die Kurven des Bargeldumlaufs von ihren Trends zu lösen. Der gesamte Euro-Bargeldumlauf, der bei unverändertem Trend im Februar dieses Jahres 370 Mrd. € betragen hätte, ist gegen den Trend um ein Drittel, also etwa 120 Mrd. € gefallen. Dabei hat der Rückgang der D-Mark-Bargeldmenge den Löwenanteil, nämlich etwa 90 Mrd. € ausgemacht.

Der Rückgang der Geldmenge ist nicht der Grund für die Euro-Schwäche, sondern ein Zeichen für die Versuche der EZB und der Bundesbank, trotz der zurückgehenden Liquiditätsnachfrage einen Zinsverfall zu vermeiden. Die bei gegebenen Zinszielen automatisch einsetzende passive Intervention der Zentralbanken hat den Kursverfall abbremsen, aber nicht verhindern können.

Gemessen an der relativen Größe der deutschen Wirtschaft hätte die D-Mark-Nachfrage in einem viel geringeren Umfang fallen müssen, als sie es tat, wenn hier vor allem ein Effekt gewirkt hätte, der alle Länder betrifft und mit den technischen Aspekten der Umstellung oder mit dem Schwarzgeld zu tun hat. Es gab offenbar einen Sondereffekt, der nur die D-Mark betraf, und dabei kommt eigentlich nur der Rückfluss der im Ausland gehaltenen Bestände in Frage. Nur die D-Mark hatte die Rolle einer internationalen Transaktions- und Reservewährung erworben. Nach meiner Schätzung müssen etwa 75 Mrd. € der 120 Mrd. €, um die die Geldmenge gegen den Trend gefallen ist, auf diesen Effekt zurückzuführen sein. Der Schwarzgeldeffekt und weitere allgemeine Effekte, die mit dem Umtausch zu tun haben, können in ihrer Summe mit nicht mehr als 45 Mrd. € veranschlagt werden.

Abb. 12

**Inflation und Kerninflation in Deutschland: Der Euro ist kein Teuro**



1) Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte.- 2) Preisindex ohne Saisonwaren, ohne Heizöl, Kraftstoffe und Gas, sowie ohne Güter und Dienstleistungen mit administrierten Preisen.- 3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr im Jahresdurchschnitt in %; Inflation 2002: geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Seit März, dem ersten Monat nach der Umstellung, haben sich nun aber alle Trends umgedreht. Der Euro gewinnt neue Freunde in Westeuropa und anderswo auf der Welt. Nachfragebedingt steigt nun der Kurs, und da die EZB ein Zinsziel verteidigt, muss sie das verlangte Mehr an Geld in die Wirtschaft pumpen. Dies ist der am rechten Rand der Diagramme deutlich sichtbare Anstieg der Geldmenge, der sicherlich noch viele Monate so anhalten wird. Die Geldmengenerhöhung schwächt zwar den Kursanstieg ab, kann ihn aber nicht verhindern.

Ist der Euro ein Teuro? Natürlich kennen wir alle Beispiele für Preiserhöhungen, in Restaurants und sonst wo. Aber der subjektive Eindruck täuscht. Richtig ist, dass die Unternehmen Preisänderungen, die sie für das letzte Jahr und dieses Jahr erwogen hatten, auf den Zeitpunkt der Euroeinführung konzentrierten, weil sie die Preislisten ohnehin neu schreiben mussten. Per saldo kam es aber zu keiner Preiserhöhung. Viele Preise sind gestiegen, und viele sind gefallen. Die Nahrungsmittelpreise gingen sicherlich hoch. Doch im Bereich der Konsumentenelektronik sind die Preise um 16% gefallen. Der Nettoeffekt war gering.

Abbildung 12 zeigt die Inflationsrate und darunter die Kerninflationsrate, bereinigt um die Effekte administrierter Preise. Im Juni 2002 sind die Preise um nur 0,9% höher als im Juni des Vorjahres. Von einem Teuro kann wirklich nicht die Rede sein. Bei der Diskussion darum handelt es sich um psychologische Vorgänge oder vorgezogenes Sommertheater,

mehr nicht. Das Ifo Institut prognostiziert für dieses Jahr eine Inflationsrate von 1,6%, ein durchaus moderater Wert. Wenn es ein Problem mit der Inflation gibt, dann dass sie zu klein ist, aber nicht, dass sie zu hoch ist. Jedes Land braucht einen gewissen Bodensatz an Inflation, damit die Wirtschaft läuft.

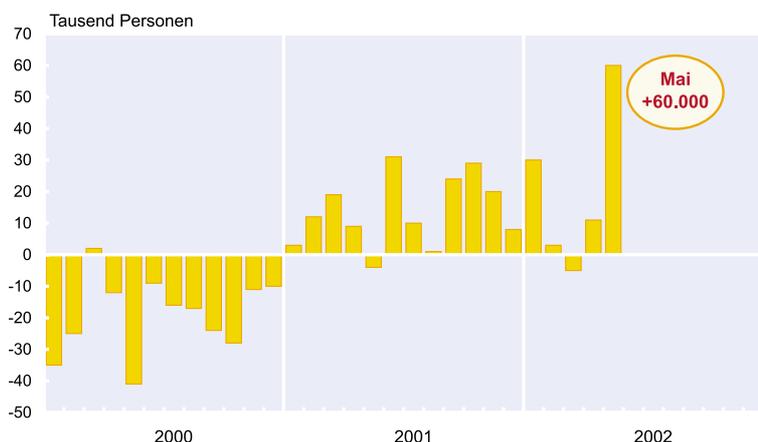
**Beschäftigung und Wachstum**

Ich komme jetzt zum wirklichen Problemfeld unserer Volkswirtschaft, dem Arbeitsmarkt. In Abbildung 13 sehen Sie die saisonbereinigten Änderungen der Arbeitslosenzahl jeweils gegenüber dem Vormonat berechnet. Während die Arbeitslosigkeit noch im Jahr 2000 fiel, stieg sie im letzten Jahr deutlich an. Auch das Ifo Institut hatte gehofft, dass diese Entwicklung nun endlich aufhören würde. Aber im Mai 2002 ging die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit zum allgemeinen Erschrecken nochmals um 60 000 hoch. Das sind keine gute Nachrichten für dieses Jahr.

Am Jahresbeginn gab es in Deutschland saisonbereinigt 4 Mill. Arbeitslose, und bis zur Jahresmitte steigt die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt weiter an. In der zweiten Jahreshälfte wird sie, so hoffen und erwarten wird, wieder etwas abnehmen, so dass es im Jahresdurchschnitt bei 4 Millionen bleibt. Im nächsten Jahr könnte eine leichte Besserung auf 3,9 Mill. Arbeitslose einsetzen. Ich weiß aber nicht, wie groß das Fragezeichen ist, das hinter diese Zahl gesetzt werden muß.

Abb. 13

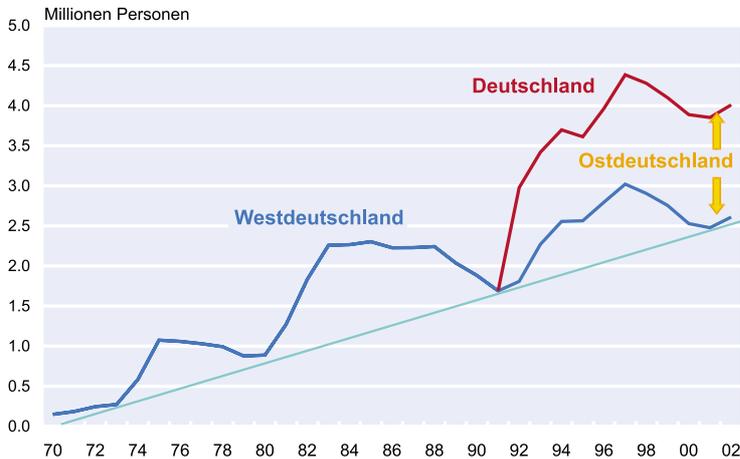
**Zunahme der Arbeitslosigkeit<sup>1)</sup> in Deutschland: Erschreckende Entwicklung**



1) Stand am Monatsende; saisonbereinigte Werte.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (Presse-Information Juni 2002).

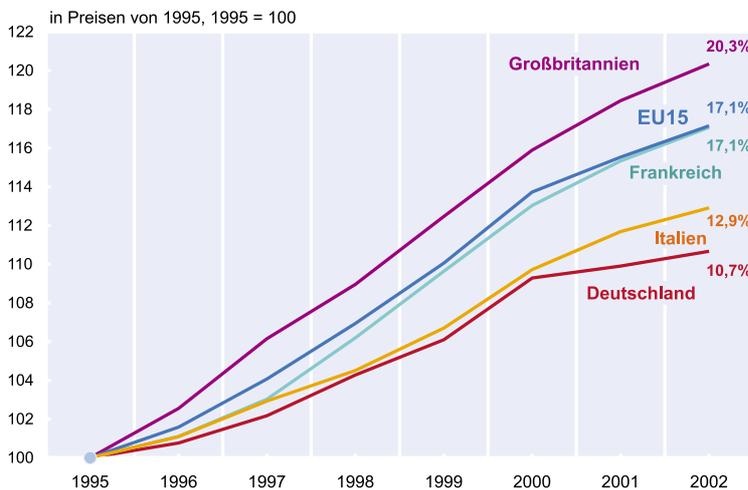
Abb. 14

**Entwicklung der Arbeitslosigkeit 1970 - 2002: Ungebrochener Trend seit dreißig Jahren**


Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Wichtiger als diese konjunkturelle Entwicklung sind strukturelle Fragen. Die blaue Linie der Abbildung 14 zeigt den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland in den letzten 30 Jahren. Man sieht, die Arbeitslosigkeit hat in Wellen immer wieder zugenommen. Von einer Trendwende kann überhaupt nicht die Rede sein. Durch die Vereinigung kam noch die ostdeutsche Arbeitslosigkeit hinzu. Konjunkturell hat es zwar immer wieder Phasen der Besserung gegeben, die die Politiker veranlassten, an eine grundlegende Trendwende zu glauben, aber die hat es bislang nicht gegeben, und es sieht auch heute überhaupt nicht danach aus. Wer die Trendwende behauptet, phantasiert. Deutschlands Arbeitsmarkt leidet an langfristigen, strukturellen Problemen, die völlig ungelöst sind.

Abb. 15

**Bruttoinlandsprodukt ausgewählter EU-Länder: Schlußlicht Deutschland**


Quelle: Eurostat, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Die Fehlentwicklungen des Arbeitsmarktes spiegeln sich auch im geringen Wachstum der deutschen Wirtschaft wider. Abbildung 15 zeigt das deutsche Wachstum seit 1995 im europäischen Vergleich. Das Bruttoinlandsprodukt der EU ist seit 1995 real um 17% gewachsen. Überdurchschnittlich schnitt Großbritannien ab, dessen Wirtschaft um 20% wuchs. Dort erntet Tony Blair jetzt die Früchte der Thatcher-Reformen, die vor 20 Jahren durchgeführt wurden. So ist das nun einmal bei Strukturreformen. Der übernächste Regierungschef erntet die Früchte der heutigen Politik. Frankreich liegt beim Durchschnitt, Italien hat 13% Zuwachs, und Deutschland liegt abgeschlagen auf dem letzten Platz mit nur 10,7% Wachstum. Wir sind also in sieben Jahren um knapp 7 Prozentpunkte gegenüber England zurückgeblieben, jedes Jahr fast um einen Prozentpunkt.

Nun sagt man, beim Export sehe alles besser aus. Tatsache ist, dass Deutschland Anfang der neunziger Jahre 10 bis 11% Anteil am Welthandel hatte; jetzt krepfen wir bei 8% herum. Es sind zwei Prozentpunkte verloren gegangen. Sicher, der Export wird in diesem und im nächsten Jahr etwas anziehen. Aber das bringt uns noch lange nicht auf die Überholspur. Ich freue mich, dass Herr Minister Müller gleich kommt, um uns zu erläutern, warum er glaubt, dass wir auf der Überholspur seien.

### Löhne und Wettbewerbsfähigkeit

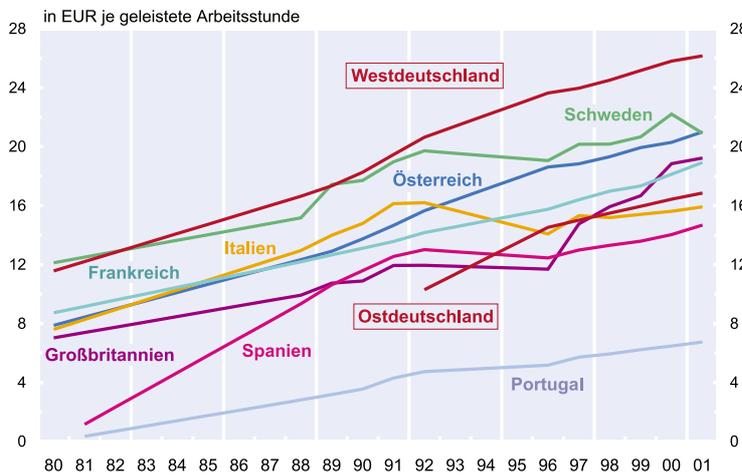
Als Gründe für die Probleme der deutschen Wirtschaft, die sich auf dem Arbeitsmarkt und beim Wachstum zeigen, sind verschiedene langfristig wirkende Faktoren anzuführen.

Am wichtigsten ist das Lohnproblem. Abbildung 16 zeigt, wie sich seit 1980 die Arbeitskosten pro Stunde im verarbeitenden Gewerbe in verschiedenen Ländern entwickelt haben. Ostdeutschland schwimmt hier bei Italien mit. Dies ist problematisch, da die ostdeutsche Wirtschaft sich heute auch noch nicht annähernd auf italienischem Niveau befindet. Der Ausreißer ist Westdeutschland. Im verarbeitenden Gewerbe hat Westdeutschland ganz offensichtlich die höchsten Stundenlohnkosten für Arbeiter auf der ganzen Welt.

Das wäre kein Problem, wenn wir so viel besser wären, wie wir teurer sind. Auf den ersten Blick scheint das so zu sein, denn die

Abb. 16

**Arbeitskosten im Verarbeitenden Gewerbe: Weltmeister Deutschland**  
(weibliche und männliche Arbeiter)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft.

Lohnstückkosten, also der Quotient aus Lohnsatz und Arbeitsproduktivität, sind nicht höher als anderswo. Wir dürfen aber nicht allein auf die Arbeitsproduktivität der existierenden Firmen abstellen. Deren Arbeitsproduktivität ist natürlich hoch genug, die Löhne zu verkraften, sonst wären sie ja gar nicht da. Wie auch immer die Löhne ansteigen, die Lohnstückkosten steigen nicht, weil die minder produktiven Firmen pleite gehen und aus der Statistik verschwinden. An den Lohnstückkosten kann man nichts, aber auch gar nichts erkennen, was eine Bewertung der Lohnpolitik zuließe. Nur die Beschäftigungslage selbst gibt Aufschluss darüber, ob die Löhne zu hoch oder zu niedrig sind.

Bei Produktivitätsvergleichen muss man immer auch an die Firmen denken, die es gar nicht gibt, die es aber unter anderen Rahmenbedingungen hätte geben können, und vor allem muss man an die Arbeitskräfte denken, die arbeiten könnten, es aber nicht tun. Bezieht man den Output unserer Wirtschaft auf die gesamten Erwerbsfähigen einschließlich der Arbeitslosen statt nur auf die Beschäftigten, dann sieht man, dass Deutschland bei der Arbeitsproduktivität nur noch Mittelklasse ist. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt kann nicht die Rede davon sein, dass wir so viel besser sind, wie wir teurer sind.

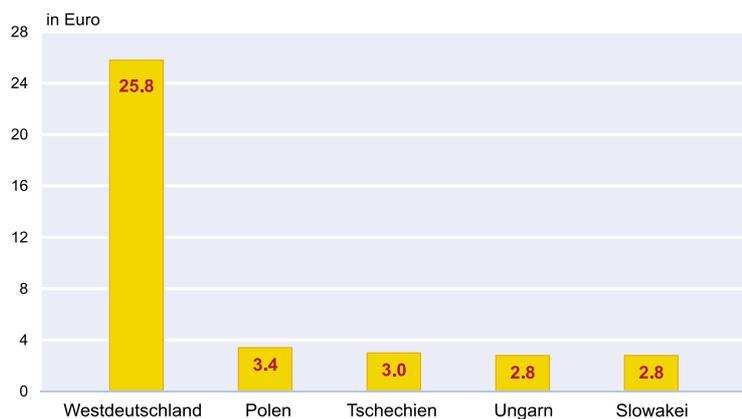
Das Lohnproblem wird nach der Osterweiterung der EU an Brisanz gewinnen, weil neue Niedriglohngebiete zur EU hinzustoßen. Unsere Arbeitskosten je Stunde für Arbeiter in der Industrie liegen bei 25,8 €. Abbildung 17 zeigt die Werte einiger osteuropäischer Länder, die zu den Beitrittskandidaten gehören. Die Arbeitskosten dieser Länder liegen bei nur 11 bis 13% der westdeut-

schen Kosten. Wie soll das nur gut gehen? Ist Deutschland wirklich fit für den Beitritt? Die osteuropäischen Länder sind es sicherlich, denn sie werden einen hohen Kostenvorteil ausspielen können und Kapital und Know-how anlocken, das auch hier zu Lande gebraucht werden könnte. Die Osterweiterung wird für die deutsche Wirtschaft sicherlich kein leichter Spaziergang. Schon heute ist die Niedriglohnkonkurrenz aus aller Welt eines der Hauptprobleme unseres Landes. Unsere wenig wettbewerbsfähigen Löhne sind sicherlich der Hauptgrund dafür, dass so viele Unternehmen sich bei den Investitionen zurückhalten und nach anderen Standorten Ausschau halten. Die Osterweiterung wird dieses Problem erheblich verschärfen und erklärt schon heute einen Gutteil des Attentismus der Investoren in Deutschland.

Manchmal wird gesagt, hohe Löhne seien gut für die Wirtschaft, weil sie die Massenkaukraft stärken. Dieses Argument führt in die Irre. Zwar stärken höhere Löhne die Konsumgüternachfrage. Sie vermindern aber auch den Gewinn, und verringern insofern die Investitionsneigung der Unternehmen. Investitionen sind genauso Teil der Nachfrage wie der Konsum, denn Investitionsgüter müssen hergestellt werden, und bei der Herstellung dieser Güter entstehen Einkommen und Jobs. Ob der Nettoeffekt auf die Nachfrage, der aus einem höherem Konsum und einer verminderten Investitionen resultiert, wirklich positiv ist, wage ich zu bezweifeln. Investitionen sind in aller Regel sehr sensibel. Es ist zu vermuten, dass die Erhöhung der Löhne die Investitionsgüternachfrage stärker verringert, als sie die Konsumnachfrage steigert.

Abb. 17

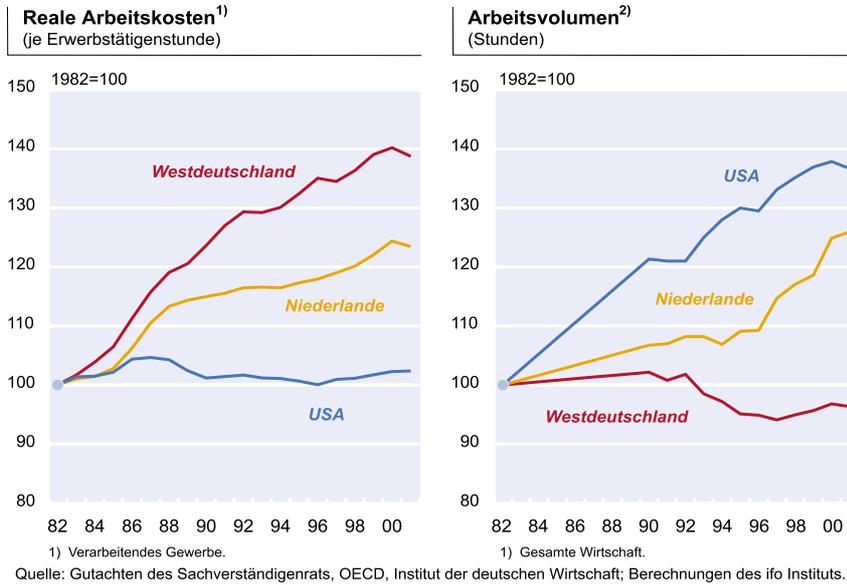
**Arbeitskosten je Stunde<sup>1)</sup> im Jahre 2002: Niedriglohn-Konkurrenz aus dem Osten**



1) Arbeiter und Arbeiterinnen in der verarbeitenden Industrie. Beträge umgerechnet mit dem Jahresdurchschnitt der jeweiligen amtlichen Devisenkurse.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft (2002).

Abb. 18: Löhne und Beschäftigung im internationalen Vergleich



Davon abgesehen kommt es langfristig nicht auf die Nachfrage an, sondern auf das Angebot, und das hängt von den Standortbedingungen ab, die selbst wiederum maßgeblich vom Lohnniveau bestimmt werden. Ein Vergleich der beiden Teildiagramme von Abbildung 18 zeigt, wie die Lohnkosten langfristig auf das Arbeitsvolumen, also die Summe aller geleisteten Arbeitsstunden gewirkt haben. Es werden drei Länder über fast 20 Jahre, ab 1982, verglichen: Deutschland, Holland und die USA. Das Jahr 1982 ist das Jahr, in dem die bis dahin größte Krise der Weltkonjunktur nach dem Krieg überwunden wurde und in dem in Holland das Wassenaar-Abkommen geschlossen wurde, das eine erhebliche Lohnmoderation brachte.

Sie sehen, wie sich die Löhne in den USA entwickelt haben. Sie sind 1996 wieder auf das Niveau von 1982 zurück gefallen und haben erst in den letzten Jahren etwas zugenommen. Der gesamte Anstieg liegt bei etwa 4%. Das Arbeitsvolumen in den USA ist um etwa 37% gestiegen. Das amerikanische Jobwunder war die Konsequenz dieser Entwicklung. In Holland sind die Löhne in 20 Jahren um 26% gestiegen, und der Beschäftigungszuwachs betrug 22%. In Westdeutschland sind die Lohnkosten um 40% gestiegen, und das Beschäftigungsvolumen ist um 4% gefallen. Die Beschäftigungsentwicklung ist also das Spiegelbild der Lohnentwicklung. Das ist zwar kein Beweis, denn es handelt sich ja auch nur um drei Länder. Aber es gibt umfangreiche ökonometrische Untersuchungen zu diesem Thema, die zeigen, dass ein Prozent Lohnzurückhaltung

langfristig mindestens ein Prozent mehr Beschäftigung induziert. Diese Faustregel bestätigt sich in der Abbildung 18 auf eindrucksvolle Weise. Deutschland hat 15% mehr Lohnzuwachs als Holland gehabt, was 30% weniger Beschäftigungszuwachs bedeutete. Holland hat 20% mehr Lohnzuwachs als die USA realisiert und ca. 10% weniger Beschäftigungszuwachs gehabt.

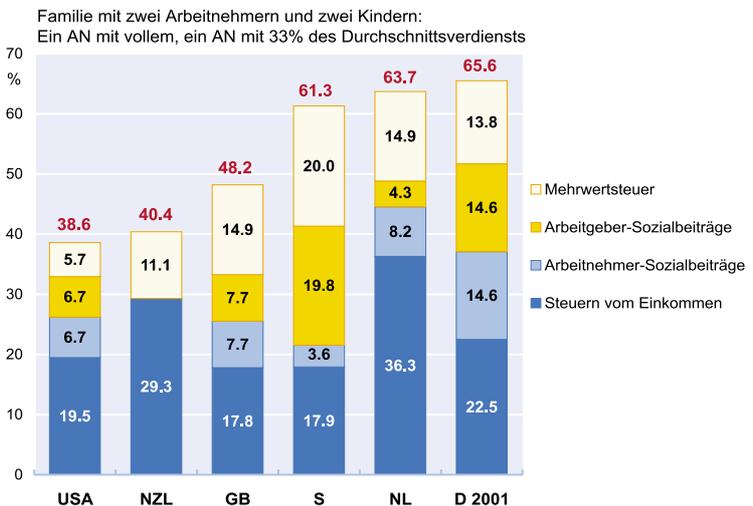
Wenn man wie dieses Jahr in der Metallindustrie mit 4% Lohnerhöhung abschließt anstatt mit 3%, was kostenniveauneutral gewesen wäre, dann mag das für sich genommen noch kein Problem sein. Tut man dies aber 20 Jahre hintereinander, dann wird daraus

mit Sicherheit ein großes Problem. Dann hat man gerade den Lohnunterschied aufgebaut, der die in der Abbildung 18 dargestellten Wirkungen zur Folge hat.

In diesem Zusammenhang muss man die hohe Belastung der Arbeitnehmereinkommen mit staatlichen Abgaben ansprechen, denn dem hohen Zuwachs an Stundenlohnkosten steht nicht notwendigerweise ein gleich hoher Zuwachs der Nettolöhne gegenüber. Der Staat holt sich einen Großteil der Wertschöpfung der Arbeiter, die hinter den hohen Arbeitskosten steht. Abbildung 19 vergleicht verschiedene Länder im Hinblick auf die Grenzbelastung der Wertschöpfung eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Bei der Berechnung dieser Grenzbelastung ist die Frage: Wie groß ist der

Abb. 19: Nochmal Weltmeister

**Grenzbelastung des Faktors Arbeit (als Prozentsatz der Wertschöpfung)**



Teil, den der Staat von der zusätzlichen Wertschöpfung eines Arbeitnehmers wegnimmt, die aufgrund einer beruflichen Qualifizierung oder aufgrund von Mehrarbeit erbracht wird? Er nimmt die Steuern vom Einkommen weg, die Arbeitnehmer- und die Arbeitgeber-Sozialbeiträge und zum Schluss noch die Umsatzsteuer. Sofern Wertschöpfung auf Arbeitseinsatz zurückzuführen ist, ist die Umsatzsteuer des Unternehmens, bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, eine verdeckte Steuer auf die Arbeit.

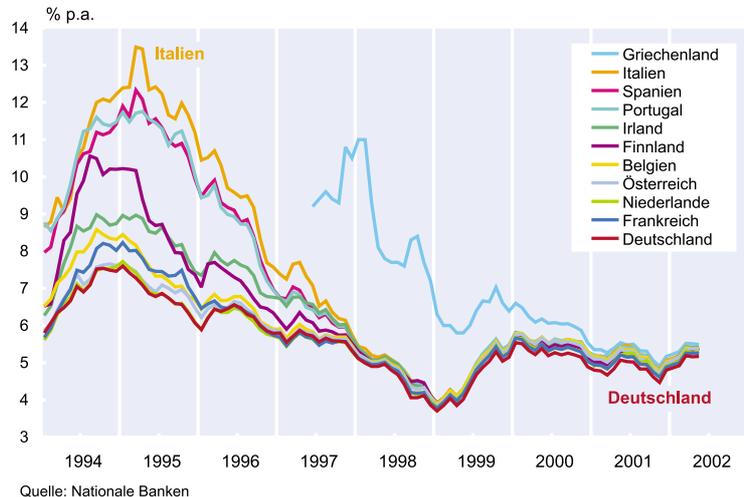
In den USA liegt die Summe all dieser Belastungseffekte bei 39%. In Neuseeland sind es 40%, in Großbritannien 48%, in Schweden 61%, in Holland 64% und in Deutschland 66%. Wir sind also nicht nur bei den Arbeitskosten, sondern auch bei der Grenzbelastung des Faktors Arbeit Weltmeister.

Die hohe Grenzbelastung provoziert Schwarzarbeit; denn statt dem Staat die 66% zu geben, können Nachfrager und Anbieter einer Leistung sie brüderlich teilen, wenn das Geschäft unter der Hand abgewickelt wird. Die Grenzbelastung hebelt auch die Arbeitsteilung aus, weil man zu viele Sachen selber macht, anstatt sie den Fachleuten zu überlassen. Dass die Heimwerkmärkte so viel Erfolg haben, ist ein Ergebnis des deutschen Abgabensystems. Wir malern und schreinern selber, statt einen Handwerksbetrieb zu beauftragen, weil wir so die Abgaben an den Staat umgehen können. Der durchschnittliche Arbeitnehmer kann drei Mal so viel Zeit für eine Arbeit verbrauchen wie der Fachmann, und doch lohnt sich das Do-it-yourself.

**Euro, Zinskonvergenz und Wirtschaftswachstum**

Neben den hohen Löhnen liegt ein weiterer Grund für die deutschen Wachstumsprobleme in der Integration der europäischen Kapitalmärkte, die maßgeblich durch den Euro bewirkt wurde. Die Integration der Kapitalmärkte hilft den kapitalarmen Ländern, doch für ein kapitalreiches Land wie Deutschland können auch Schwierigkeiten entstehen. Der Euro hat im Euroraum die Wechselkosten beseitigt und hat die Preistransparenz erhöht. Wichtiger ist aber, dass er grenzüberschreitende Kapitalströme vom Wechselkursrisiko befreit hat. Dies hat nämlich eine dramatische Zinskonvergenz in Europa zur Folge gehabt, die in Abbildung 20 verdeutlicht wird. In Italien hatte man 1995 langfristige Zinsen in Höhe von 13%, und jetzt liegen die Zinsen bei nur noch 5%. In anderen Ländern war es ähnlich. Die Zinsen in Europa sind konvergiert. Früher lagen 600 Basispunkte zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Zins, jetzt sind es nur noch 20 bis 30 Basispunkte, was kaum der Rede wert ist. Die Zinskonvergenz ist auch eine reale Konvergenz.

Abb. 20 Rendite 10-jähriger Staatsanleihen in den Euro-Ländern: Der Verlust des deutschen Zinsvorteils durch den Euro



Quelle: Nationale Banken

Da es im betrachteten Zeitraum keine Wechselkursanpassungen mehr gab, muss man von allen Zinsen zu jedem Zeitpunkt dieselbe Inflationsrate abziehen, welchen Warenkorb man auch immer zu ihrer Berechnung heranzieht. Die nominale Konvergenz überträgt sich voll und ganz in die realen Werte. (Sie tut es nur dann nicht, wenn man einen ökonomischen Denkfehler begeht und unterschiedliche Warenkörbe mit unterschiedlichen Inflationsraten für unterschiedliche Länder heranzieht.)

Die Zinskonvergenz wird das Geschehen in Europa in den nächsten zehn Jahren maßgeblich beeinflussen. Sie bedeutet, dass die bisher benachteiligten Länder wie Italien, Spanien, Finnland usw., wo früher hohe Zinsen zu zahlen waren, ihre Investitionen praktisch zu denselben niedrigen Zinsen finanzieren können, die früher der deutschen Industrie vorbehalten waren. Diese Länder werden wegen der niedrigeren Zinsen stärker wachsen, als es sonst geschehen wäre. Die Konvergenz wird beschleunigt, und das gesamteuropäische Wachstum steigt. Der Euro ist wahrlich eine Wachstumslokomotive für Europa.

Für Deutschland ist das Bild freilich nicht ganz so günstig, denn unter dem Schutz der D-Mark hatten wir schon früher niedrigere Zinsen. Die deutsche Industrie hat den Finanzierungsvorteil gegenüber den anderen Ländern verloren, und das hat sicherlich negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in unserem Land, zumindest was die Entwicklung des Inlandsproduktes betrifft.

Verstehen Sie mich recht, meine Damen und Herren. Ich bin nicht gegen den Euro. Die Zinskonvergenz ist ja eine Voraussetzung dafür, dass wir eine effiziente Aufteilung des Kapitals in Europa bekommen, d.h. dass das Kapital dort hingehet, wo es die höchste Rendite bringt. Es ist für Europa

insgesamt wirklich besser, wenn das Kapital sich gleichmäßiger auf die Länder verteilt. Auch muss man aus deutscher Sicht positiv vermerken, dass deutsche Vermögensbesitzer von den vom Wechselkursrisiko befreiten Anlagemöglichkeiten im Rest Europas profitieren werden.

Indes wäre es unredlich zu verschweigen, dass ein Teil unserer Wachstums- und Standortprobleme vermutlich mit dem Euro zusammenhängt. Sicherlich liegt es auch am Euro, wenn die anderen europäischen Länder schneller wachsen als wir, und vielleicht bedeutet der Euro sogar, dass wir langsamer wachsen, als wir es sonst getan hätten. Ich gehe davon aus, dass der Wegfall der Risikoprämien im Zins der bislang benachteiligten Länder zu einem solchen Investitionsboom in der europäischen Peripherie führen wird, dass die europäischen Zinsen mittelfristig auf ein Niveau gezogen werden, das höher ist als jenes, das die deutsche Wirtschaft sonst hätte bezahlen müssen.

Zu den Verlierern dieses Prozesses werden vermutlich jene deutschen Arbeitnehmer gehören, deren Einkommen vom Einsatz des komplementären Produktionsfaktors Kapital abhängt. Kapital, das unter dem Schutze des Euro nun in Spanien statt in Deutschland investiert wird, nützt den spanischen Arbeitnehmern, aber nicht den deutschen.

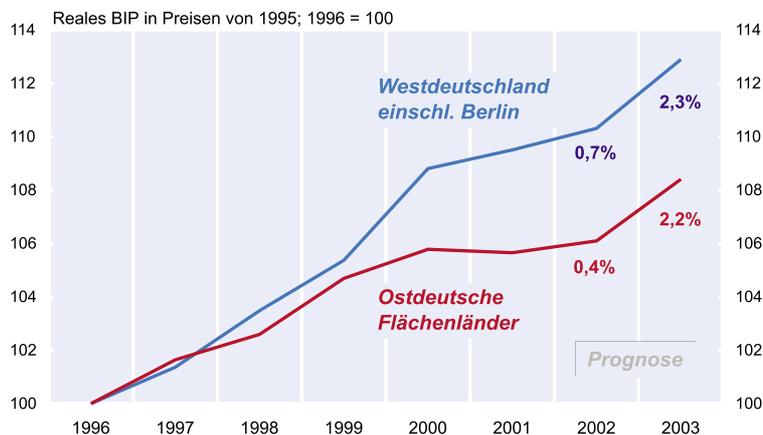
Dies ist nun, wie es ist. Wir können und wollen das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. Es ist für die Politik aber wichtig zu sehen, dass hier ein weiteres schwieriges Problemfeld für die deutsche Wirtschaft entsteht, das Reformen in anderen Bereichen umso dringender macht.

### Die wirtschaftlich misslungene Vereinigung

Schließlich ist als letzter wichtiger Grund für die gegenwärtige Wachstumsschwäche die misslungene wirtschaftliche Vereinigung der beiden deutschen Landesteile zu nennen. Ich verwende das Adjektiv »misslungen« mit Bedacht, denn es kennzeichnet die Realität. Abbildung 21 zeigt das wirtschaftliche Wachstum seit dem Jahr 1996. Dieses Jahr habe ich deswegen gewählt, weil es das letzte Jahr ist, in dem das Fördergebietsgesetz sein Strohfeuer weiter anfachen konnte. Bis zum Jahr 1996 wuchs der Osten schneller als der Westen, wenn man den Zusammenbruch nicht mit einrechnet, also die Jahre vor 1993 ausblendet. Dann aber kam der Einbruch beim Wachstum, der immer noch nicht korrigiert wurde. Vom Jahr 1996 bis zum Jahr 2001 war das Wachstum im Osten um 4 Prozentpunkte niedriger als im Westen, und wenn wir die Prognosen für 2002 und 2003

Abb. 21

### Wirtschaftswachstum<sup>1)</sup> in West- und Ostdeutschland: Die Lücke wird größer



1) 2002 und 2003: Prognose des ifo Instituts (Juni 2002).

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (März 2002).

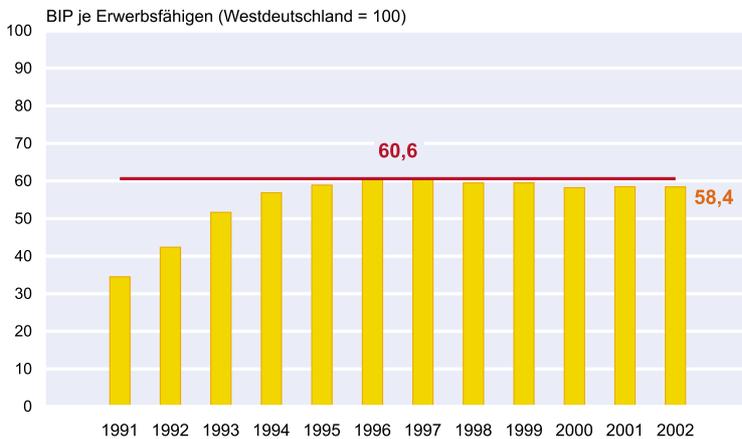
hinzunehmen, dann erhöht sich die Wachstumsdifferenz zwischen Ost und West in den Jahren 2002 und 2003 nochmals um 0,4%. Die beiden Landesteile driften seit 1997 auseinander. Nicht nur der absolute Abstand in der Wirtschaftskraft, auch der prozentuale Abstand wird Jahr um Jahr größer. Von einem sich selbst tragenden Aufschwung in den neuen Ländern oder einer Konvergenz der Landesteile kann nicht die Rede sein. Divergenz statt Konvergenz kennzeichnet seit mehr als einem halben Jahrzehnt die Entwicklung. Unsere Landsleute im Osten haben wahrlich etwas anderes erwartet und verdient.

Es gibt noch Sondereffekte wie bei der Bauindustrie, die die Divergenz derzeit noch verstärken. Es ist zu hoffen, dass diese Effekte im Laufe der Zeit an Bedeutung verlieren und dass sich das positive Wachstumsbild bei der Industrie möglichst rasch auf den Rest der Wirtschaft ausbreitet. Das ordentliche Wachstum der ostdeutschen Industrie lässt Hoffnungen aufkeimen. Es reicht aus, der Bevölkerung erfolgreiche Beispiele für wettbewerbsfähige Betriebe vor Augen führen zu können, aber leider nicht, um die Statistiken in hinreichendem Maße zu beeinflussen. Die Pflänzchen, die da wachsen, sind noch zart und klein. Immerhin war die Zahl der Industriebeschäftigten noch zu Zeiten der Treuhand auf weniger als ein Viertel ihres ursprünglichen Wertes zurückgegangen.

Während die bestehenden ostdeutschen Arbeitsplätze im Bereich der Industrie eine hohe Produktivität aufweisen, die westlichen Standards durchaus nahe kommt, liegt die gesamtwirtschaftliche Produktivität Ostdeutschlands nicht einmal bei 60% der Produktivität Westdeutschlands (in der Abgrenzung der ehemaligen DDR-Gebiete). Im Jahre 1997 hatte diese Produktivität bei 60,6% des westdeutschen Wer-

Abb. 22

**Ost-West-Relation der gesamtwirtschaftlichen Produktivität: Stagnation unter sechzig Prozent**



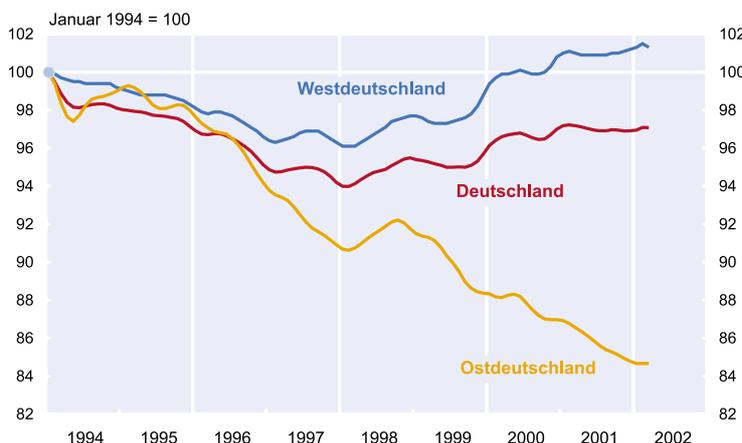
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

tes gelegen, aber seitdem hat sie sich, wie Abbildung 22 verdeutlicht, wieder verringert und liegt derzeit bei 58%. Das sind übrigens Werte, die ziemlich genau dem italienischen Mezzogiorno entsprechen. Der Mezzogiorno liegt bereits seit einigen Jahrzehnten konstant bei einer gesamtwirtschaftlichen Produktivität in Höhe von ca. 60% der Produktivität von Nord- und Mittelitalien.

Die Hauptursache der geringen Produktivität in Süditalien und den neuen Bundesländern liegt in der hohen Zahl der Arbeitslosen, die ja nichts zum Sozialprodukt beitragen. Leider besteht gerade in dieser Hinsicht für die neuen Bundesländer wenig Anlass zur Entwarnung. Abbildung 23 zeigt den Zeitpfad der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Westdeutschland, Ostdeutschland und in beiden Landesteilen zusammen genommen. Das Be-

Abb. 23

**Beschäftigte in West- und Ostdeutschland<sup>1)</sup>: Weiter bergab**



1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; saisonbereinigte Monatswerte.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

zugsjahr ist 1994, weil in diesem Jahr der anfängliche Zusammenbruch der Wirtschaft der Ex-DDR weitgehend abgeschlossen war. In Westdeutschland hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 1994 ungefähr gehalten, aber in den neuen Bundesländern ging die Beschäftigung bis zum Jahr 2002 um ca 15% zurück. Dabei ist der Trend offenbar noch immer völlig ungebrochen. Pro Jahr ist bei der Beschäftigung ein Minus von etwa 2% zu verzeichnen.

Das alles ist eine Zumutung für die Bürger der neuen Länder, die sich nach dem Versprechen blühender Landschaften und dem Versprechen, ihr Schicksal zur Chefsache zu machen, wahrlich anderes erhofft hatten. Es ist für viele nur ein geringer Trost, dass die Arbeitslosigkeit und die Frühverrentung

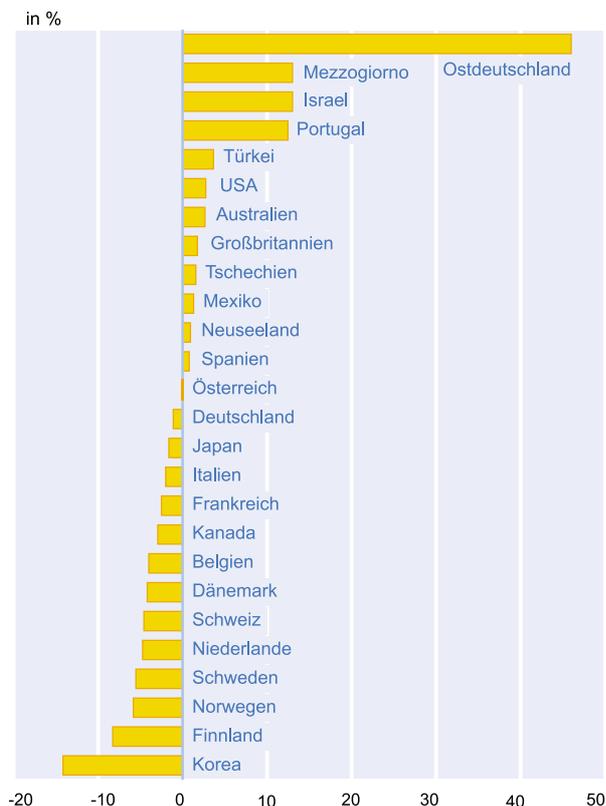
durch umfangreiche staatliche Leistungen abgedeckt wurden. Lieber hätte man das Geld selbst verdient. Unter Berücksichtigung der staatlichen Leistungen liegen die Haushaltsnettoeinkommen nominal derzeit bei 80% des westdeutschen Wertes, was wegen der niedrigeren Preise der nicht gehandelten Waren einem realen Wert von etwa 90% entspricht. Die Renten je Rentenbezieher liegen nominal bei 110% des westdeutschen Wertes, real bei 120%. Die Einkommen sind schon vorhanden; allein, es fehlt die eigene Produktion und die eigene Arbeit.

Die Fehlbeträge finanziert der Westen. Das Geld fließt vorwiegend über die öffentlichen Kassen, ca. 70 Mrd. € jedes Jahr, und zwar auf dem Wege über die Rentenversicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Sozialhilfe, den Länderfinanzausgleich, Bundesmittel, die mit westlichen Steuern finanziert werden und ähnliches. Außerdem gibt es immer noch privat finanzierte Kapitalströme vom Westen in den Osten, die zum Teil in private Investitionen fließen und zum Teil der Finanzierung der rapide steigenden Schulden der neuen Bundesländer dienen. Die Schulden pro Kopf liegen in den neuen Ländern ja bereits deutlich über dem Westniveau. Insgesamt bedeutet all dies, dass im Osten der Verbrauch von Gütern und Ressourcen seitens des Staates, der privaten Haushalte und der Investoren die eigene Erzeugung in erheblichem Umfang übersteigt. Jede dritte Mark, die im Osten ausgegeben wird, kommt aus dem Westen, entweder als Geschenk über die öffentlichen Transfersysteme oder als geliehenes Geld über Kapitalimporte. Das Leistungsbilanzdefizit, welches den Verbrauchsüberhang

Abb. 24

**Verbrauchsüberhang<sup>1)</sup> in % des BIP 1999:  
Transferökonomie Ostdeutschland**

Ein Vergleich unterschiedlicher Länder und Regionen



1) Verbrauchsüberhang: Differenz zwischen Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen. Verbrauchsüberhang entspricht dem negativen Außenbeitrag.  
Quelle: OECD, National Accounts 2000, Nr. 1 und CES.

misst, beträgt knapp 50% des ostdeutschen Bruttoinlandsproduktes (Abb. 24). Dies ist ein enorm hoher Wert auch im Vergleich zu anderen Regionen und Ländern. Der italienische Mezzogiorno, Israel und Portugal, die wegen der Gelder, die sie aus Norditalien, den USA und von der EU erhalten, ebenfalls als Transferökonomien anzusehen sind, haben nur Leistungsbilanzdefizite in der Gegend von 12 bis 13%.

Das Leistungsbilanzdefizit der neuen Länder fällt so enorm aus dem Rahmen all dessen, was bislang auf dieser Welt zu beobachten war, dass diese Art des Wirtschaftens in den neuen Ländern das Prädikat »nachhaltig« nicht mehr verdient.

### Was ist zu tun?

Deutschland braucht mehr Beschäftigung, damit es stärker wächst. Die alte Formel, dass ein Mehr an Wachstum ein Mehr an Beschäftigung bedeutet, hat ohnehin noch nie richtig gestimmt. Sie war aus der Beobachtung konjunktureller Schwankungen des Auslastungsgrades hergeleitet

worden und hatte für das langfristige Kapazitätswachstum keine Bedeutung: eine ökonomische Regelmäßigkeit, die falsch interpretiert wurde, sonst nichts.

Es geht um die Frage, wie man die brachliegende Ressource Arbeitskraft in den Produktionsprozess integrieren kann, um echte zusätzliche Wert zu schaffen. Eine gründliche Behandlung dieser Frage würde den Rahmen dieses Vortrags sprengen. Indes will ich hier wenigstens in aller Kürze zum Schluss meines Vortrages die zentralen Punkte auflisten, die mir wichtig erscheinen.

Erstens müssen wir die Belastung des Faktors Arbeit senken. Eine Grenzbelastung von 66% für den durchschnittlichen deutschen Arbeitnehmer ist untragbar. Eine neue Reform des Steuer- und des Sozialsystems sollte hier vorrangig ansetzen.

Zweitens brauchen wir eine neue Tarifpolitik im Westen und im Osten. Der Flächentarifvertrag muss hinterfragt werden. Es kann nicht sein wie bei Philipp Holzmann, dass die Arbeitnehmer mehrheitlich einen Lohnverzicht wollen, um den Betrieb zu retten, und die Gewerkschaft dann sagt, wegen des Flächentarifvertrags sei dies verboten. Das ifo Institut empfiehlt, den Flächentarifvertrag als Lohnleitlinie umzuinterpretieren, die man auf betrieblicher Ebene bei Bedarf unterschreiten kann, wenn die Belegschaft dies mehrheitlich möchte.

Drittens, und an erster Stelle, brauchen wir eine Neuorientierung der Sozialpolitik. Der Sozialstaat schafft ja einen mit der Marktwirtschaft konkurrierenden Sektor, wo Einkommen verdient werden können, die man ohne Arbeit erhält. Diese Einkommen sind ein Mindestanspruch an die Marktwirtschaft und allzu häufig ein Anspruch, der die Produktivität der Betroffenen übersteigt und deshalb verhindert, dass für sie Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, die auch für die Arbeitgeber profitabel sind.

Das ifo Institut hat vor kurzem einen Vorschlag zur Entwicklung eines Niedriglohnsektors unterbreitet und damit auch die öffentliche Diskussion bereichert. Unsere Devise ist: Weniger Geld als Lohnersatzleistung und mehr Geld für Lohnergänzungsleistungen. Die Eckregelsätze der Sozialhilfe sollen sinken, und das dabei eingesparte Geld soll genommen werden, um Lohnsubventionen zu zahlen. Dann verliert die Sozialhilfe ihre Funktion als Lohnuntergrenze. Die Löhne im Niedriglohnbereich kommen ins Rutschen, und zu niedrigeren Löhnen werden Jobs geschaffen. Gleichzeitig geht es den Betroffenen nicht schlechter, sondern besser als bisher, weil sie in der Summe aus dem selbst verdienten Lohn und der staatlichen Zuzahlung viel mehr Einkommen erhalten, als der Staat heute an Sozialhilfe auszahlt. Zugleich bieten die Kommunen Jobs zu einem Lohn in Höhe der alten Sozialhilfe an, um zu verhindern, dass ir-

gend jemand ohne Schuld durch das soziale Netz rutscht. Dabei handelt es sich um Leiharbeitsjobs, die es den Kommunen ermöglichen, die Arbeitsleistung auf dem Wege über Leiharbeitsfirmen entgeltlich dem privaten Sektor zur Verfügung zu stellen. Die Grundidee ist, dass man den Schutzbedürftigen besser unter der Bedingung hilft, dass sie sich selbst helfen, als dass man die Nichtbeteiligung am Arbeitsleben zur Voraussetzung macht, wie das heute überwiegend der Fall ist.

Ich könnte dies noch weiter ausführen, möchte Sie aber nicht weiter auf die Folter spannen, sondern das Wort an Minister Müller geben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.